

1019 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

1982 03 09

Regierungsvorlage**Bundesgesetz vom XXXXXX über Leistungen des Bundes an die Österreichische Länderbank AG**

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, namens des Bundes als Mehrheitsaktionär der Österreichischen Länderbank Aktiengesellschaft den Zinsentgang aus Forderungen dieser Bank gegen Unternehmungen mit dem Sitz im Inland, über die ein Ausgleichs- oder Konkursverfahren eröffnet oder deren Eröffnung beantragt wurde, und die zur Wertberichtigung dieser Forderungen erforderlichen Tilgungsraten zu ersetzen.

(2) Der Bundesminister für Finanzen darf diese Verpflichtung in einem Vertrag mit der Österreichischen Länderbank Aktiengesellschaft nur übernehmen, wenn

- a) der Gesamtbetrag der Forderungen, für die gemäß Abs. 1 der Zinsentgang und die Tilgungsraten durch den Bund zu ersetzen sind, 3 Milliarden Schilling nicht übersteigt;

- b) der Zinsenersatz und die Tilgungsraten innerhalb von 25 Jahren zu leisten sind;
- c) die jeweilige Höhe der Zinsen vereinbart wird;
- d) vereinbart wird, daß bei Änderung der Voraussetzungen für die Erfüllung des § 1 a Abs. 2 Z 6 des Garantiesgesetzes 1977 für die Leistung von Zinsen- und Tilgungsraten sich diese alljährlich entsprechend vermindern oder entfallen, soweit sich nach den Grundsätzen über den Wegfall der Geschäftsgrundlage nichts anderes ergibt;
- e) die Eingänge auf die Forderungen gemäß § 1 a Abs. 2 Z 3 des Garantiesgesetzes 1977 anzurechnen sind, und
- f) vereinbart wird, daß der Bundesminister für Finanzen durch einen Wirtschaftsprüfer prüfen lassen kann, ob und inwieweit sich die Voraussetzungen für die Leistung von Zinsenersatz und Tilgungsraten alljährlich geändert haben.

§ 2. Mit dem Vollzug dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.

Vorblatt

1. Problem:

Die Österreichische Länderbank AG (ÖLB) hat Ausfälle im Kreditgeschäft zu verzeichnen, welche die Ertragssituation des Institutes sehr ungünstig beeinflussen. Für diese Ausfälle sieht § 1 a des Bundesgesetzes vom 12. 5. 1977, BGBl. Nr. 296 (Garantiegesetz 1977) in der geltenden Fassung, die Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen vor, sich namens des Bundes zu verpflichten, die Finanzierungsgarantiegesellschaft schadlos zu halten, falls diese im besonderen gesamtwirtschaftlichen Interesse die Einbringlichkeit dieser Forderungen garantiert. Voraussetzung für die Garantieübernahme ist unter anderem, daß die garantierte Forderung wertberichtigt werden kann.

2. Ziel:

Ziel der Gesetzesinitiative ist es, die ÖLB in die Lage zu versetzen, den Voraussetzungen des § 1 a Abs. 2 Z 6 Garantiegesetz 1977 dadurch zu entsprechen, daß der Bund als Mehrheitsaktionär die zur Wertberichtigung erforderlichen Beträge leistet und den Zinsentgang aus den von der Finanzierungsgarantiegesellschaft zu garantierenden Forderungen ersetzt.

3. Grundzüge der Problemlösung:

Der Bund kommt seiner Verpflichtung als Hauptaktionär der ÖLB nach; die übrigen Aktionäre werden durch die Maßnahmen nicht berührt.

Eine spätere Kapitalerhöhung nach dem Aktiengesetz wird somit nicht präjudiziert.

Grundsätzlich ist die Problemlösung so flexibel gestaltet, daß bei einem Wegfall der Voraussetzungen für die ggstl. Leistungen des Bundes sich diese entsprechend vermindern oder entfallen.

4. Alternativlösungen:

Die ÖLB ist eine durch Bundesgesetz vom 18. Dezember 1956, BGBl. Nr. 247, geschaffene Publikumsgesellschaft, deren Aktien an der Börse gehandelt und notiert werden. Es kommt ihr im Gefüge des österreichischen Kreditapparates und damit im Bereiche der österreichischen Volkswirtschaft eine besondere Bedeutung zu.

Angesichts dieser Umstände haben sich bedingt durch die wirtschaftliche Situation der ÖLB keine Alternativlösungen angeboten.

5. Kosten:

Bei der Kostenschätzung kann nur ein Höchstbetrag angegeben werden, da der Entwurf vorsieht, daß sich bei Änderung der Voraussetzungen, dh. nach Maßgabe der Stärkung der Ertragskraft der ÖLB, die Leistungen des Bundes verringern oder entfallen.

Dieser Höchstbetrag ist zunächst mit 345 Millionen Schilling pro Jahr anzunehmen.

Erläuterungen

I. Allgemeines

Im Jahre 1981 hat die Österreichische Länderbank AG durch Zusammenbrüche von Großkreditnehmern Ausfälle in der Gesamthöhe von 4 086 Millionen Schilling erlitten. Dieser Betrag beinhaltet nicht den Zinsenentgang für 1981 in der Höhe von 358 Millionen Schilling.

Bei den Großkreditnehmern handelt es sich im wesentlichen um die Firmen EUMIG, ÖKG und Funder.

Die Österreichische Länderbank AG war in der Lage, aus im Vorjahr getroffenen Vorsorgen einen Betrag von 1 480 Millionen Schilling im Jahresabschluß 1981 unter anderem für diese Ausfälle zu verwenden. Somit verblieb ein Betrag von 2 934 Millionen Schilling, der als uneinbringlich und unverzinslich zu Buche steht.

Für diese uneinbringlichen Kreditforderungen hat die ÖLB AG die sich ihr aus dem Garantiegesetz 1977 in der Fassung vom 1. Juli 1981 bietende Möglichkeit angesprochen, im Wege der Finanzierungsgarantie-Gesellschaft mbH eine Bundeshaftung zu erhalten. § 1 a des Garantiegesetzes 1977 sieht die Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen vor, sich namens des Bundes zu verpflichten, die Finanzierungsgarantie-Gesellschaft mbH schadlos zu halten, falls diese im besonderen gesamtwirtschaftlichen Interesse die Einbringlichkeit von Forderungen garantiert. Da es eine der Voraussetzungen für die Garantieübernahme ist, daß der Garantiennehmer die Forderungen wertberichtigen kann, ist es das Ziel dieser Gesetzesinitiative, die ÖLB AG in die Lage zu versetzen, den Voraussetzungen für die Erfüllung des § 1 a Abs. 2 Z 6 Garantiegesetz 1977 zu entsprechen.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu § 1 Abs. 1:

Der Tatbestand des § 1 Abs. 1 ist dem Tatbestand des § 1 a Garantiegesetz 1977 angeglichen.

Er sieht vor, daß der Bundesminister für Finanzen namens des Bundes als Mehrheitsaktionär tätig wird. Daraus ergibt sich, daß es sich beim ggstl. Entwurf eines Bundesgesetzes nicht um eine allgemeine volkswirtschaftliche Maßnahme, sondern um die konkrete Verpflichtung eines Eigentümers handelt, wie dies auch bei Betrieben, die nicht Eigentum des Bundes sind, der Fall wäre.

Zu § 1 Abs. 2:

Die Übernahme der Verpflichtungen nach dem Entwurf dieses Bundesgesetzes ist an einen zivilrechtlichen Vertrag des Bundesministers für Finanzen namens des Bundes mit der Österreichischen Länderbank AG gebunden. Diese Form wurde gewählt, um ein Höchstausmaß an Flexibilität und Anpassung an die wirtschaftlichen Erfordernisse zu gewährleisten.

Höchstausmaß der übernehmbaren Forderungen und Laufzeit wurden ebenfalls dem Garantiegesetz 1977 angepaßt.

Wesentlich erscheint der Umstand, daß die Vereinbarung mit der Österreichischen Länderbank AG nicht eine Alimentation in gleichbleibender Höhe vorsieht, sondern sich deren Höhe nach der künftigen Ertragslage der ÖLB orientiert. Es wurde damit eine Form gefunden, die eine sogenannte „Übersanierung“ vermeidet.

Kostenberechnung

Durch dieses Bundesgesetz entstehen dem Bund Mehrkosten in einem Ausmaß, welches zur Zeit nicht bestimmbar ist, da gemäß dem im Gesetz vorgesehenen Vertrag des Bundes mit der Österreichischen Länderbank AG eine Leistungsverringerung oder ein Leistungsentfall zwingend vorgesehen ist.